Abend-Ausgabe

74. Jahrgang. Nr. 412 — Dienstag, 2. September 1930

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 2.40 Mk. (einschl. 60 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 2.40 Mk. einschl. 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 300 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Vor der Völkerbunds-Tagung in Genf

Beratungen des Reichskabinetts

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 2. Sept. Das Reichskabinett tritt am Mittwoch wieder zu einer Sitzung zusammen, in der man sich allerdings nicht mehr mit innerpolitischen Fragen beschäftigen wird. Die Sitzung soll vielmehr der Erörterung der bevorstehenden europäischen Konferenz und der Tagung des Völkerbunds in Genf dienen. Man nimmt an, daß die sogenannte europäische Vorkonferenz, die am 8. September beginnt, das von dem französischen Außenminister angeregte Thema an die Bundesversammlung des Völkerbundes verweisen wird. Die weitere Behandlung dieses Fragenkomplexes der in den Antworten auf die französische Note von sehr verschiedenen Standpunkten aus beleuchtet worden ist, läßt sich noch nicht mit Sicherheit vorhersagen.

Einige Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der Völkerbund eine der Arbeitskommissionen, wahrscheinlich die sogenannte politische Kommission, mit einer eingehenden Prüfung des vom französischen Außenminister zur Debatte gestellten europäischen Problems betrauen wird.

Auf der Tagesordnung der Völkerbundsversammlung selbst stehen dann noch einige Probleme, von denen kaum anzunehmen ist, daß sie eine sonderlich große Förderung erfahren werden, so die Anpassung der Völkerbundsstaaten an den Kelloggpakt, ein Thema, in dem sich die Meinungen aller Beteiligten noch ziemlich schroff gegenüberstehen, so daß ein Abschluß der Diskussion auf dieser Tagung kaum zu erwarten sein wird. Daneben laufen die Arbeiten der Sicherheitskommission. Daß man in der Erörterung der Maßnahmen, die zur Verhütung eines Krieges dienen können, jetzt zu einem Abschluß kommen wird, ist überaus zweifelhaft. Die in diesem Zusammenhang sehr wichtige Abrüstungsfrage soll überhaupt gar nicht besprochen werden. Im übrigen heißt es noch — wenigstens kann man das sehr deutlich aus Aeußerungen der polnischen Presse entnehmen —, daß die polnische Regierung die Absicht habe, von ihrem Vertreter eine große Rede gegen Deutschland halten zu lassen, und zwar wegen der verschiedenen Ostreden des Reichsministers Treviranus. Die polnische Regierung will sich anscheinend das Vergnügen, aus den Fenstern des Genfer Völkerbundspalastes ein Wahlmanifest an das polnische Volk zu erlassen, nicht entgehen lassen.

An der Kabinettssitzung werden außer dem Reichsinnenminister Wirth und Minister Treviranus alle übrigen Kabinettsmitglieder teilnehmen. Der Reichskanzler, der heute noch in einer Wahlversammlung in Aachen spricht, kehrt mit dem Nachtzug nach Berlin zurück. Das Kabinett wird sich, wie es heißt, auch mit der Frage des Saarschutzes eingehend beschäftigen. In dieser Frage wird deutscherseits der Standpunkt vertreten,

daß der Saarschutz nach der Räumung der Rheinlande seinen eigentlichen Sinn verloren habe.

Die amtliche französische Telegraphenagentur Havas hatte in einer Meldung unmittelbar nach der Räumung hervorgehoben, daß der Saarschutz als Verbindung zwischen der Besatzungsarmee und ihrem Heimatland gedacht gewesen sei, und daß die Saartruppen nach der Räumung auch verschwinden würden. Trotz dieser Auslassung in dem amtlichen Dienst ist aber eine Abberufung des Saarschutzes noch nicht erfolgt. Die Saarbevölkerung selbst hat an den Völkerbund bereits ein entsprechendes Verlangen gerichtet.

Danzigs Protest gegen Gdingen

Danzig, 2. Sept. Die Antwort Danzigs auf die polnische Stellungnahme zu der Danziger Note in der Frage des Konkurrenzhafens Gdingen ist gestern dem Hohen Kommissar des Völkerbundes zugeleitet worden. Die Note setzt sich im einzelnen mit den polnischen Behauptungen auseinander und führt insbesondere den Beweis, daß die polnische These von der Notwendigkeit zweier Häfen für den Außenhandel Polens nicht zu halten ist. In der Danziger Antwort wird eine Außenhandelskalkulation für Polen aufgestellt, aus der hervorgeht, daß dieser Außenhandel im Höchstfalle elf Millionen erreichen kann, während das Fassungsvermögen des Danziger Hafens 12 Millionen mindestens betrage und das Fassungsvermögen von Gdingen nach den polnischen Plänen auf 15 Millionen Tonnen gebracht werden soll. Es bestehe auch keine Aussicht, daß der seewärtige Verkehr Polens in Zukunft eine Steigerung erfahre. Im Gegenteil sei anzunehmen, daß die polnische Ausfuhr immer mehr über die Landgrenzen geht, je mehr Handelsverträge mit den europäischen Staaten abgeschlossen werden. Polen habe den Charakter eines Binnenhandelsstaates.

Die Danziger Note geht dann noch auf die Behauptung Polens, daß der Danziger Antrag auf Entscheidung durch den hohen Kommissar einen Eingriff in die polnische Souveränität bedeute, ein und stellt fest, daß Polens Verhalten weder mit dem Begriff des „fair play", noch mit dem Rechtsstandpunkt vereinbar sei. Danzig verlange nur die Durchführung einer Entscheidung des Völkerbundskommissars. Dagegen bedeute das Verhalten Polens einen Vorstoß gegen die wirtschaftliche und politische Selbständigkeit Danzigs. Der Antrag Danzigs, Polen zur Innehaltung der vertraglichen Verpflichtungen einer vollen Ausnützung des Danziger Hafens zu veranlassen, wird daher in vollem Umfange aufrechterhalten.

Dr. Curtius fährt nach Genf

Berlin, 2. Sept. Ueber das Befinden des Reichsaußenministers hören wir von unterrichteter Stelle, daß Dr. Curtius wieder vollkommen hergestellt ist und die Vorbereitungen für seine Abreise nach Genf trifft.

Die Vorgänge in den Sturmabteilungen der Berliner Nationalsozialisten

Berlin, 2. Sept. Im Berliner Kriegervereinshause fand am Montagabend eine Versammlung der nationalsozialistischen Sturmabteilungen statt, zu der Adolf Hitler aus München gekommen war. Der Versammlung war eine interne Besprechung vorausgegangen, in der die wesentlichen Punkte bereits ihre Klärung gefunden hatten.

Der Leiter der Sturmabteilungen Ost des gesamten Gebiets östlich der Elbe, Hauptmann a. D. Stennes, verlangte dabei im Namen seiner Unterführer eine Erhöhung des Etats für die Sturmabteilungen.

Er betonte, daß mit den Mitteln, die die Partei zur Verfügung stelle, die notwendige Arbeit nicht mehr aufrechtzuerhalten sei, da besonders im Osten des Reiches die Sturmabteilungen in den letzten zwölf Monaten sich teilweise versechsfacht hätten. Man könne mit den Geldern, die München zur Verfügung stelle, kaum noch die notwendigen Büroarbeiten durchführen. Es müsse also unbedingt der Etat für die Sturmabteilungen wesentlich erhöht werden, wenn die Partei sich diese wichtigste Stütze erhalten wolle. In ähnlichem Sinne sprachen sich auch die übrigen Führer aus.

Bei dieser Gelegenheit wurden auch die Vorkommnisse im Berliner Parteibüro zur Sprache gebracht. Nach den Erklärungen der zuständigen Führer soll es sich darum gehandelt haben, daß die Wache der Sturmabteilungen, die dort Dienst hatte, sich dem Hauptmann Stennes gegenüber renitent benommen habe. Daraufhin habe Stennes die wachehabende Sturmabteilung durch eine andere ablösen lassen wollen.

Die meuternde Abteilung habe sich geweigert, ihren Posten zu verlassen, und so sei es zu den Zusammenstößen gekommen.

Inzwischen ist der Antrag gestellt worden, die meuternde Abteilung aufzulösen. In der Vorkonferenz einigte man sich nach dem Bericht der Korrespondenz, der wir diese Mitteilungen entnehmen, darauf, die Mitgliederbeiträge der Partei monatlich um 20 Pfennig zu erhöhen. Diese Beiträge sollen nicht in die Parteikasse fließen, sondern restlos den Sturmabteilungen zur Verfügung gestellt werden. In der Versammlung im Kriegervereinshaus, in der Hitler, Goebbels und Stennes sprachen, wurde dann bekanntgegeben, daß eine finanzielle Einigung erfolgt sei, die für die Sturmabteilungen eine Erfüllung ihrer Wünsche bringe.

Vor einem Massenstart amerikanischer Ozeanflieger

Neuyork, 2. Sept. Wenn die augenblicklichen günstigen Wetterverhältnisse anhalten, ist noch für den Dienstag, spätestens aber für Mittwoch, mit einem Massenstart amerikanischer Flieger zum Ozeanflug zu rechnen. Von Montreal aus will der Flieger Errol Boyd auf der „Bellanca"-Maschine „Columbia", dem Flugzeug Chamberlins und Levinés, nach London fliegen. Von Boston aus beabsichtigt Russel Boardman, gleichfalls auf einem „Bellanca"-Apparat, einen Flug nach Dublin; schließlich wollen die Flieger Roger Williams und Ted Lundgren mit einem „Emsco"-Eindecker einen Weltrundflug antreten, dessen erste Etappe Berlin sein soll.

Der französische Ost-West-Flug glückt

Neuyork, 2. Sept. Das Flugzeug „Fragezeichen" wurde um 10 Uhr MEZ. vor dem Kap Race (Neufundland) von dem Dampfer „Havre" gesichtet. Etwas später setzte sich Coltes in Verbindung mit der französischen Insel Saint-Pierre, die er dann um ½12 Uhr MEZ. überflog. Es hat die Richtung nach dem Kap Canso eingeschlagen. An Bord ist alles wohl.

Italiens Wünsche zur Völkerbundsreform

In wichtigen Punkten Uebereinstimmung mit Deutschland

Rom, 2. Sept. Die italienische Presse hat bereits in den letzten Wochen in der grundlegenden, aber leider kaum spruchreifen Frage der Reform des Völkerbundssekretariats und seiner Leitung in sehr eindeutiger Weise Stellung genommen. Man weiß, daß neben Deutschland der italienische Vertreter im sogenannten Dreizehnerausschuß entschlossen die fortschrittliche Richtung vertreten hat und die französisch-englische Monopolstellung, die mit der politischen Entwicklung der Gegenwart nicht mehr im Einklang steht, im Sinne Norwegens und Ungarns, die die eigentlichen Initianten dieser Bewegung sind, beseitigt wissen will. Diese Forderung ist in der italienischen Denkschrift noch einmal erhärtet worden, und die italienische Delegation hat damit für diese Frage gebundene Marschroute. In der nicht weniger wichtigen zweiten Revisionsfrage, der Anpassung des Völkerbundspaktes an den Kelloggpakt, ist die Haltung Italiens unverändert geblieben. Der feinsinnige, aber ausschließlich juristisch denkende Senator Scialoja, einer der wenigen noch lebenden Autoren des Völkerbundspaktes, hat im Februar dieses Jahres in Genf alles getan, um die elastische Eigenart des Völkerbundspaktes und seiner Bestimmungen zur Verhütung bzw. Beilegung von internationalen Streitigkeiten

gegen die Sanktionstheorie Frankreichs und seiner Verbündeten

erfolgreich zu verteidigen. Auch hier ist die Richtung der italienischen Auffassung klar gegeben und eine Aenderung nicht zu erwarten. Ein drittes Thema, die Mandatsfrage, der die Hauptmandatsmächte Frankreich, England und die Dominions bereits wiederholt im Gegensatz zur Auffassung Deutschlands und Italiens jede Revisionsmöglichkeit nehmen wollen, ist angesichts des italienischen Expansionsbedürfnisses in dem Programm der Außenpolitik Italiens so grundsätzlich, daß auch hier seine Haltung unverändert fest bleibt. Italien besteht auf dem zeitweiligen Charakter der Mandate und ihrer Verteilung. Auch in allen wirtschaftlichen Fragen wird Italien seiner bisherigen Haltung treu bleiben, die im wesentlichen von dem Bestreben geleitet ist, jede Beschneidung seiner wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten so lange zu verhindern, solange die Frage der Rohstoffverteilung nicht eine den italienischen Wünschen gerecht werdende Lösung gefunden hat.

Diese wirtschaftliche Erwägung ist zu einem guten Teil auch maßgebend für die negative Einstellung Italiens zu dem französischen Paneuropaprojekt,

das am Vorabend der Völkerbundstagung noch einmal im Vordergrund der Diskussion steht. Man sieht darin im wesentlichen einen neuen Versuch Frankreichs zur Festigung seiner Hegemoniestellung auf dem europäischen Kontinent und zur Verewigung des territorialen Status quo der Friedensverträge. Diese Grundtendenz kam bereits in der italienischen Antwort auf das Memorandum Briands klar zur Geltung. Die italienische Regierung hat dabei aber auch größten Wert auf den Hinweis gelegt, wie sehr die Verwirklichung einer europäischen Union von der Durchführung der allgemeinen Abrüstungsverpflichtung des Völkerbundspaktes abhängt

und sich vorbehaltlos die deutsche These zu eigen gemacht, daß die Sicherheit in Europa vor allem durch Einlösung der Abrüstungsverpflichtung erhöht werden kann.

Mit dieser Antwort an Briand, die ein umfassendes und konsequent durchdachtes außenpolitisches Programm war, ist also auch die Richtung der italienischen Aktion in der Paneuropafrage und im Abrüstungsproblem gegeben.

Hält nun das realpolitisch denkende faschistische Italien den Zeitpunkt für entscheidende Beschlüsse in Genf gekommen? Diese Frage wird man nicht offen bejahen können. Zweifellos läßt sich seit der Uebernahme des Außenministeriums durch Grandi eine erhöhte Aktivität in der Völkerbundspolitik und eine neue positive Zielstellung verzeichnen. Anderseits geht aber Italien, das sich seit der Londoner Seeabrüstungskonferenz hat noch nicht mit Frankreich verständigen können, dieses Mal mit besonderen Wünschen nach Genf, wo zweifellos neue Besprechungen zwischen den verantwortlichen Vertretern der beiden Länder stattfinden werden.

General Henry Allen,

der frühere Oberbefehlshaber der amerikanischen Besatzungstruppen im Rheinland, ist, wie gemeldet, im Hause des deutschen Botschaftssekretärs Leitner in Washington plötzlich an Herzschlag gestorben